



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 9.2.2021
COM(2021) 64 final

2021/0034 (NLE)

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

hinsichtlich des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union im durch das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits eingesetzten Partnerschaftsrat hinsichtlich des Zeitpunkts, an dem die vorläufige Anwendung des Handels- und Kooperationsabkommens endet, zu vertreten ist

BEGRÜNDUNG

1. GEGENSTAND DES VORSCHLAGS

Die Kommission schlägt vor, dass der Rat einen Standpunkt festlegt, der im Namen der Union in dem durch das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits (im Folgenden „Handels- und Kooperationsabkommen“) eingesetzten Partnerschaftsrat hinsichtlich des Zeitpunkts, an dem die vorläufige Anwendung des Handels- und Kooperationsabkommens endet, zu vertreten ist.

2. KONTEXT DES VORSCHLAGS

2.1. Das Handels- und Kooperationsabkommen

Am 29. Dezember 2020 nahm der Rat den Beschluss (EU) 2020/2252 über die Unterzeichnung im Namen der Union und über die vorläufige Anwendung des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits und des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Sicherheitsverfahren für den Austausch und den Schutz von Verschlusssachen¹ an.

Mit dem Handels- und Kooperationsabkommen wird die Grundlage für eine breit angelegte Beziehung zwischen der Union und dem Vereinigten Königreich mit gegenseitigen Rechten und Pflichten, gemeinsamen Maßnahmen und besonderen Verfahren geschaffen.

Das Geheimschutzabkommen ist ein ergänzendes Abkommen zum Handels- und Kooperationsabkommen und mit diesem eng verbunden, insbesondere hinsichtlich der Zeitpunkte des Anwendungsbeginns und der Beendigung.

Gemäß Artikel 12 Absatz 1 des Beschlusses (EU) 2020/2252 des Rates werden, wie von den Vertragsparteien in Artikel FINPROV.11 Absatz 2 des Handels- und Kooperationsabkommens vereinbart, die Abkommen ab dem 1. Januar 2021 vorläufig angewandt, bis die für ihr Inkrafttreten erforderlichen Verfahren abgeschlossen sind.

2.2. Vorgesehener Beschluss des Partnerschaftsrates

Gemäß Artikel FINPROV.11 Absatz 2 des Handels- und Kooperationsabkommens endet die vorläufige Anwendung an einem der folgenden Zeitpunkte, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt:

a) am 28. Februar 2021 oder an einem anderen vom nach Artikel INST.1 des Abkommens eingesetzten Partnerschaftsrat festgelegten Zeitpunkt oder

b) am ersten Tag des Monats, der auf den Monat folgt, in dem beide Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass sie ihre jeweiligen internen Anforderungen und Verfahren für die Feststellung ihrer Zustimmung zur Bindung erfüllt haben.

Da das Europäische Parlament und der Rat Zeit benötigen, um die Abkommen in allen 24 verbindlichen Sprachfassungen angemessen zu prüfen, wird die Union nicht in der Lage sein, das Handels- und Kooperationsabkommen vor dem 28. Februar 2021 zu schließen.

Daher sollte der Partnerschaftsrat unter Berücksichtigung der Zeit, die für den Abschluss der Überarbeitung durch die Rechts- und Sprachsachverständigen und die Beglaubigung aller

¹ ABl. L 444 vom 31.12.2020, S. 2.

Sprachfassungen des Abkommens erforderlich ist, für das Ende der vorläufigen Anwendung ein Datum nach dem 28. Februar 2021 festlegen.

Zweck des vorgesehenen Beschlusses des Partnerschaftsrats, für den der Standpunkt der Union festgelegt werden soll, ist die Festlegung dieses Datums.

3. IM NAMEN DER UNION ZU VERTRETENDER STANDPUNKT

In Anbetracht des Zeitpunkts, an dem die Abkommen in allen 24 verbindlichen Sprachfassungen zur Verfügung stehen sollen, sollte der Zeitpunkt der 30. April 2021 sein.

Die Union sollte deshalb den Standpunkt vertreten, dass der Erlass eines dem Beschlussentwurf im Anhang dieses Vorschlags entsprechenden Beschlusses zu unterstützen ist, mit dem der Partnerschaftsrat gemäß Artikel FINPROV.11 Absatz 2 Buchstabe a des Handels- und Kooperationsabkommens als neues Enddatum für die vorläufige Anwendung den 30. April 2021 festlegt.

4. RECHTSGRUNDLAGE

Nach Artikel 218 Absatz 9 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) werden die „Standpunkte, die im Namen der Union in einem durch eine Übereinkunft eingesetzten Gremium zu vertreten sind, sofern dieses Gremium rechtswirksame Akte, mit Ausnahme von Rechtsakten zur Ergänzung oder Änderung des institutionellen Rahmens der betreffenden Übereinkunft, zu erlassen hat“, durch Beschlüsse des Rates festgelegt.

Bei dem Beschluss, den der Partnerschaftsrat erlassen soll, handelt es sich um einen rechtswirksamen Akt.

Mit dem geplanten Rechtsakt wird der institutionelle Rahmen des Handels- und Kooperationsabkommens weder ergänzt noch geändert.

Somit ist Artikel 218 Absatz 9 AEUV die verfahrensrechtliche Grundlage für den vorgeschlagenen Beschluss.

Das Ziel und der Inhalt des vorgesehenen Rechtsakts betreffen ausschließlich die Festlegung des Standpunkts der Union hinsichtlich des Zeitpunkts, an dem die vorläufige Anwendung des Handels- und Kooperationsabkommens endet. Die Unterzeichnung des Handels- und Kooperationsabkommens stützte sich auf Artikel 217 AEUV.

Die Rechtsgrundlage für den vorgeschlagenen Beschluss sollte Artikel 217 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9 AEUV sein.

5. VERÖFFENTLICHUNG DES VORGEGEHENEN RECHTSAKTS

Da der Beschluss des Partnerschaftsrates darauf abzielt, den Zeitpunkt der Beendigung der vorläufigen Anwendung zu verschieben, ist es angezeigt, den Beschluss des Partnerschaftsrates nach seiner Annahme im *Amtsblatt der Europäischen Union* zu veröffentlichen.

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES RATES

hinsichtlich des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union im durch das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits eingesetzten Partnerschaftsrat hinsichtlich des Zeitpunkts, an dem die vorläufige Anwendung des Handels- und Kooperationsabkommens endet, zu vertreten ist

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 217 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Am 29. Dezember 2020 erließ der Rat den Beschluss (EU) 2020/2252 über die Unterzeichnung im Namen der Union und über die vorläufige Anwendung des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits (im Folgenden „Handels- und Kooperationsabkommen“) und des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Sicherheitsverfahren für den Austausch und den Schutz von Verschlusssachen² (im Folgenden „Geheimchutzabkommen“) (im Folgenden zusammen die „Abkommen“).
- (2) Das Geheimchutzabkommen ist ein ergänzendes Abkommen zum Handels- und Kooperationsabkommen und mit diesem eng verbunden, insbesondere hinsichtlich der Zeitpunkte des Anwendungsbeginns und der Beendigung.
- (3) Gemäß Artikel 12 Absatz 1 des Beschlusses (EU) 2020/2252 werden, wie von den Vertragsparteien in Artikel FINPROV.11 Absatz 2 des Handels- und Kooperationsabkommens vereinbart, die Abkommen ab dem 1. Januar 2021 vorläufig angewandt, bis die für ihr Inkrafttreten erforderlichen Verfahren abgeschlossen sind.
- (4) Gemäß Artikel FINPROV.11 Absatz 2 des Handels- und Kooperationsabkommens endet die vorläufige Anwendung an einem der folgenden Zeitpunkte, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt: a) am 28. Februar 2021 oder an einem anderen vom nach Artikel INST.1 des Abkommens eingesetzten Partnerschaftsrat festgelegten Zeitpunkt oder b) am ersten Tag des Monats, der auf den Monat folgt, in dem beide

² Beschluss (EU) 2020/2252 des Rates vom 29. Dezember 2020 über die Unterzeichnung im Namen der Union und über die vorläufige Anwendung des Abkommens über Handel und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits und des Abkommens zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Sicherheitsverfahren für den Austausch und den Schutz von Verschlusssachen (ABl. L 444 vom 31.12.2020, S. 2).

Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass sie ihre jeweiligen internen Anforderungen und Verfahren für die Feststellung ihrer Zustimmung zur Bindung erfüllt haben.

- (5) Da das Europäische Parlament und der Rat Zeit benötigen, um die Abkommen in allen 24 verbindlichen Sprachfassungen angemessen zu prüfen, wird die Union nicht in der Lage sein, das Handels- und Kooperationsabkommen vor dem 28. Februar 2021 zu schließen.
- (6) Daher sollte der Partnerschaftsrat unter Berücksichtigung der Zeit, innerhalb derer alle Sprachfassungen überarbeitet und beglaubigt sein werden, ein späteres Datum für die Beendigung der vorläufigen Anwendung festlegen. In Anbetracht des Zeitpunkts, an dem die Abkommen in allen 24 verbindlichen Sprachfassungen zur Verfügung stehen sollen, sollte der Partnerschaftsrat den 30. April 2021 als diesen Zeitpunkt festlegen.
- (7) Daher ist es angebracht, den im Partnerschaftsrat im Namen der Union zu vertretenden Standpunkt festzulegen.
- (8) Dieser Beschluss sollte am Tag seiner Annahme in Kraft treten, damit die darin vorgesehenen Maßnahmen rasch Anwendung finden können —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Standpunkt, der im Namen der Union im mit Artikel INST.1 des Handels- und Kooperationsabkommens eingesetzten Partnerschaftsrat bezüglich eines Beschlusses gemäß Artikel FINPROV.11 Absatz 2 Buchstabe a dieses Abkommens zu vertreten ist, beruht auf dem Entwurf des diesem Beschluss beigefügten Beschlusses des Partnerschaftsrats.

Artikel 2

Der Beschluss des Partnerschaftsrats wird im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht.

Artikel 3

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am [...]

*Im Namen des Rates
Der Präsident*



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 9.2.2021
COM(2021) 64 final

ANNEX

ANHANG

des

Vorschlags für einen Beschluss des Rates

hinsichtlich des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union im durch das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits eingesetzten Partnerschaftsrat hinsichtlich des Zeitpunkts, an dem die vorläufige Anwendung des Handels- und Kooperationsabkommens endet, zu vertreten ist

ANHANG

Beschluss Nr. 1/2021 des mit dem Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits eingesetzten Partnerschaftsrates

vom ...

hinsichtlich des Zeitpunkts, an dem die vorläufige Anwendung des Handels- und Kooperationsabkommens endet

DER PARTNERSCHAFTSRAT –

gestützt auf das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland andererseits¹ (im Folgenden „Handels- und Kooperationsabkommen“), insbesondere auf Artikel FINPROV.11 Absatz 2 Buchstabe a,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In Artikel FINPROV.11 Absatz 2 des Handels- und Kooperationsabkommens vereinbarten die Vertragsparteien, dieses Abkommen ab dem 1. Januar 2021 vorläufig anzuwenden, sofern sie einander vor diesem Datum notifiziert haben, dass sie ihre jeweiligen internen Anforderungen und Verfahren für die vorläufige Anwendung erfüllt haben. Die vorläufige Anwendung endet an einem der folgenden Zeitpunkte, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt: a) am 28. Februar 2021 oder an einem anderen vom Partnerschaftsrat festgelegten Zeitpunkt oder b) am ersten Tag des Monats, der auf den Monat folgt, in dem beide Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass sie ihre jeweiligen internen Anforderungen und Verfahren für die Feststellung ihrer Zustimmung zur Bindung erfüllt haben.
- (2) Da die Europäische Union aufgrund interner Verfahrensvorschriften nicht in der Lage sein wird, das Handels- und Kooperationsabkommen bis zum 28. Februar 2021 zu schließen, sollte der Partnerschaftsrat den 30. April 2021 als Zeitpunkt festlegen, an dem die vorläufige Anwendung gemäß Artikel FINPROV.11 Absatz 2 Buchstabe a endet.

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Zeitpunkt, an dem die vorläufige Anwendung gemäß Artikel FINPROV.11 Absatz 2 Buchstabe a des Handels- und Kooperationsabkommens endet, ist der 30. April 2021.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu ... am ...

Im Namen des Partnerschaftsrates

¹ ABl. L 444 vom 31.12.2020, S. 14.

Der gemeinsame Vorsitz

Brussels, 10.2.2021
COM(2021) 64 final/2

2021/0034 (NLE)

COM(2021) 64 final of 9.2.2021 downgraded on 10.2.2021

Proposal for a

COUNCIL DECISION

on the position to be taken on behalf of the European Union in the Partnership Council established by the Trade and Cooperation Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community, of the one part, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, of the other part, as regards the date on which provisional application of the Trade and Cooperation Agreement shall cease

EXPLANATORY MEMORANDUM

1. SUBJECT MATTER OF THE PROPOSAL

The Commission proposes that the Council establishes the position to be taken on the Union's behalf in the Partnership Council established by the Trade and Cooperation Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community, of the one part, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, of the other part (the 'Trade and Cooperation Agreement'), as regards the date on which provisional application of the Trade and Cooperation Agreement shall cease.

2. CONTEXT OF THE PROPOSAL

2.1. The Trade and Cooperation Agreement

On 29 December 2020, the Council adopted Decision (EU) No 2020/2252¹ on the signing, on behalf of the Union and on provisional application of the Trade and Cooperation Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community, of the one part, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, of the other part, and of the Agreement between the European Union and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland concerning security procedures for exchanging and protecting classified information.

The Trade and Cooperation Agreement establishes the basis for a broad relationship between the Union and the United Kingdom involving reciprocal rights and obligations, common actions and special procedures.

The Security of Information Agreement is a supplementing agreement to the Trade and Cooperation Agreement, intrinsically linked to the latter in particular with regard to the dates of entry into application and termination.

Pursuant to Article 12(1) of Council Decision (EU) No 2020/2252, as agreed by the Parties in Article FINPROV.11(2) of the Trade and Cooperation Agreement, the Agreements apply on a provisional basis as from 1 January 2021, pending the completion of the procedures necessary for their entry into force.

2.2. The envisaged decision of the Partnership Council

Pursuant to Article FINPROV.11(2) of the Trade and Cooperation Agreement, provisional application shall cease on one of the following dates, whichever is the earliest:

(a) 28 February 2021 or another date as decided by the Partnership Council established under Article INST.1 of the Agreement; or

(b) on the first day of the month following that in which both Parties have notified each other that they have completed their respective internal requirements and procedures for establishing their consent to be bound.

Due to the time needed for the European Parliament and the Council to appropriately scrutinise the Agreements in all 24 authentic languages, the Union will not be able to conclude the Trade and Cooperation Agreement before 28 February 2021.

Therefore, the Partnership Council should set a date later than 28 February 2021 for the end of the provisional application, taking into account the time needed for the completion of the legal-linguistic revision and authentication of all language versions of the Agreement.

¹ OJ L 444, 31.12.2020, p. 2.

The purpose of the envisaged Partnership Council decision for which the Union's position should be established, is to set such a date.

3. POSITION TO BE TAKEN ON THE UNION'S BEHALF

In view of the envisaged date of availability of the Agreements in all 24 authentic languages, the date should be 30 April 2021.

The position of the Union should therefore be to support the adoption of a decision by the Partnership Council pursuant to point (a) of Article FINPROV.11(2) of the Trade and Cooperation Agreement setting a new end date for the provisional application on 30 April 2021, in line with the draft decision attached to this proposal.

4. LEGAL BASIS

Article 218(9) of the Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU) provides for Council decisions establishing *'the positions to be adopted on the Union's behalf in a body set up by an agreement, when that body is called upon to adopt acts having legal effects, with the exception of acts supplementing or amending the institutional framework of the agreement.'*

The decision, which the Partnership Council is called upon to adopt, constitutes an act having legal effects.

The envisaged act does not supplement or amend the institutional framework of the Trade and Cooperation Agreement.

Therefore, the procedural legal basis for the proposed decision is Article 218(9) TFEU.

The sole objective and content of the envisaged act relates to establishing the Union's position on the date on which provisional application shall cease. The signing of the Trade and Cooperation Agreement was based on Article 217 TFEU.

The legal basis of the proposed decision should therefore be Article 217 TFEU, in conjunction with Article 218(9) .

5. PUBLICATION OF THE ENVISAGED ACT

As the purpose of the decision of the Partnership Council is to postpone the date on which provisional application shall cease, it is appropriate to publish the decision of the Partnership Council in the Official Journal of the European Union after its adoption.

Proposal for a

COUNCIL DECISION

on the position to be taken on behalf of the European Union in the Partnership Council established by the Trade and Cooperation Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community, of the one part, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, of the other part, as regards the date on which provisional application of the Trade and Cooperation Agreement shall cease

THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION,

Having regard to the Treaty on the Functioning of the European Union, and in particular Article 217, in conjunction with Article 218(9) thereof,

Having regard to the proposal from the European Commission,

Whereas:

- (1) On 29 December 2020, the Council adopted Decision (EU) No 2020/2252² on the signing, on behalf of the Union and on provisional application of the Trade and Cooperation Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community, of the one part, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, of the other part (the "Trade and Cooperation Agreement"), and of the Agreement between the European Union and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland concerning security procedures for exchanging and protecting classified information (the "Security of information Agreement") (referred to jointly as the "Agreements").
- (2) The Security of Information Agreement is a supplementing agreement to the Trade and Cooperation Agreement, intrinsically linked to the latter in particular with regard to the dates of entry into application and termination.
- (3) Pursuant to Article 12(1) of Decision (EU) No 2020/2252, as agreed by the Parties in Article FINPROV.11(2) of the Trade and Cooperation Agreement, the Agreements apply on a provisional basis as from 1 January 2021, pending the completion of the procedures necessary for their entry into force.
- (4) Pursuant to Article FINPROV.11(2) of the Trade and Cooperation Agreement, provisional application shall cease on one of the following dates, whichever is the earliest: (a) 28 February 2021 or another date as decided by the Partnership Council established by Article INST.1 of the Trade and Cooperation Agreement; or (b) on the first day of the month following that in which both Parties have notified each other

² Council Decision (EU) 2020/2252 of 29 December 2020 on the signing, on behalf of the Union, and on provisional application of the Trade and Cooperation Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community, of the one part, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, of the other part, and of the Agreement between the European Union and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland concerning security procedures for exchanging and protecting classified information (OJ L 444, 31.12.2020, p. 2).

that they have completed their respective internal requirements and procedures for establishing their consent to be bound.

- (5) Due to the time needed for the European Parliament and the Council to appropriately scrutinise the Agreements in all 24 authentic languages, the Union will not be able to conclude the Trade and Cooperation Agreement before 28 February 2021.
- (6) Therefore, the Partnership Council should set a later date for the provisional application to cease taking into account the time where all language versions will have been revised and authenticated. In view of the envisaged date of availability of the Agreements in all 24 authentic languages, the Partnership Council should set 30 April 2021 as this date.
- (7) It is therefore appropriate to establish the position to be taken on the Union's behalf in the Partnership Council.
- (8) In order to allow for the prompt application of the measures provided for in this Decision, this Decision should enter into force on the date of its adoption,

HAS ADOPTED THIS DECISION:

Article 1

The position to be adopted on the Union's behalf in the Partnership Council established by Article INST.1 of the Trade and Cooperation Agreement, on a decision to be taken in accordance with point (a) of Article FINPROV.11(2) thereof, shall be based on the draft decision of the Partnership Council attached to this Decision.

Article 2

The decision of the Partnership Council shall be published in the *Official Journal of the European Union*.

Article 3

This Decision shall enter into force on the date of its adoption.

Done at Brussels,

For the Council
The President

Brussels, 10.2.2021
COM(2021) 64 final/2

ANNEX

COM(2021) 64 final of 9.2.2021 downgraded on 10.2.2021

ANNEX

to the

Proposal for a Council Decision

on the position to be taken on behalf of the European Union in the Partnership Council established by the Trade and Cooperation Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community, of the one part, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, of the other part, as regards the date on which provisional application of the Trade and Cooperation Agreement shall cease

ANNEX

Decision No 1/2021 of the Partnership Council established by the Trade and Cooperation Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community, of the one part, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, of the other part,

of ...

as regards the date on which Provisional application of the Trade and Cooperation Agreement shall cease

THE PARTNERSHIP COUNCIL,

Having regard to the Trade and Cooperation Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community, of the one part, and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, of the other part¹ (the ‘Trade and Cooperation Agreement’), and in particular point (a) of Article FINPROV.11(2) thereof,

Whereas:

- (1) Pursuant to Article FINPROV.11(2) of the Trade and Cooperation Agreement, the Parties agreed to provisionally apply that Agreement from 1 January 2021 provided that prior to that date they had notified each other that their respective internal requirements and procedures necessary for provisional application have been completed. Provisional application shall cease on one of the following dates, whichever is the earliest: (a) 28 February 2021 or another date as decided by the Partnership Council; or (b) on the first day of the month following that in which both Parties have notified each other that they have completed their respective internal requirements and procedures for establishing their consent to be bound.
- (2) As the European Union will not be able, due to internal procedural requirements, to conclude the Trade and Cooperation Agreement by 28 February 2021, the Partnership Council should set 30 April 2021 as the date on which provisional application shall cease pursuant to point (a) of Article FINPROV.11(2).

HAS ADOPTED THIS DECISION:

Article 1

The date on which Provisional application shall cease pursuant to point (a) of Article FINPROV.11(2) of the Trade and Cooperation Agreement shall be 30 April 2021.

Article 2

This Decision shall enter into force on the date of its adoption.

Done at ...,

For the Partnership Council
The Co-chairs

¹ OJ L 444, 31.12.2020, p. 14.